

Aus dem Jahrespressegespräch der Landkreis-SPD

Droht Erhöhung der Kreisumlage um zwei Prozent?

„Landesbank-Harakiri“ wird voll durchschlagen – Landkreis muss mehr für Umweltschutz tun

Landkreis. Nach „einem der schwierigsten Jahre der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg“ - zumindest auf Bundesebene - blickt die Landkreis-SPD tatendurstig in die kommunale Zukunft. Beim traditionellen Jahrespressegespräch, das am Montag im Hotel am See in Neutraubling stattfand, hielten sich Landtagsabgeordnete Margit Wild, Landratsstellvertreter Sepp Weitzer und Kreisvorsitzender Rainer Hummel nicht lange mit dem Rückblick auf 2009 Geleistetes auf, auch, wenn die Partei auf Kreisebene bei Weitzer nicht so gerüpft worden sei, wie im Bund. Vor allem der Klimaschutz und die Bildungspolitik haben sich die Sozialdemokraten auf die Agenda geschrieben.

Auch, wenn die ehrenamtliche Beteiligung der rund 1100 SPD-Mitglieder im Landkreis sinke und vor allem langfristiges Engagement kaum noch auszumachen sei, so Rainer Hummel, und zudem die finanzielle und strukturelle Situation der Partei nach dem schlechten Wahljahr 2009 ein großes Problem darstelle, so wolle man doch die „sehr gut funktionierende Kooperation mit der CSU“ (so Sepp Weitzer) zum Wohle der Bürger weiter vorantreiben. Als Schwerpunkte der Arbeit im Kreistag nannte Weitzer unter anderem Arbeit und Wirtschaft. Insbesondere die Landkreisverwaltung selbst müsse künftig durch die Einstellung von „deutlich mehr Azubis als bisher“ ein Zeichen für den Arbeitsmarkt setzen. Auch solle der Landkreis nicht um jeden Preis die Kreisumlage erhöhen, um die Kommunen zu schonen, forderte Weitzer. „Im Haushalt 2010 ist noch Luft drin!“ Er räumte allerdings auf Befragen ein, dass eine Erhöhung in der Größenordnung von zwei Prozentpunkten durchaus im Bereich des Möglichen liege.

Kein Geld für Parteistruktur

Die ganze Fraktion im Kreistag teile die Freude darüber, dass der Landkreis nun ein neues Gymnasium bauen werde, so Weitzer. In Hinblick auf die geplante Mittelschule und die damit zu schaffenden Schulverbände kritisierte er allerdings seinen Koalitionspartner. „Landrat Mirbeth hätte die Informationen zu diesem Thema besser bündeln müssen um zu verhindern, dass etwa an den Landkreisgrenzen Schulstandorte wegbrechen“, so der Landratsstellvertreter. SPD-Kreisvorsitzender Rainer Hummel bedauerte, dass es die SPD aufgrund struktureller und finanzieller Mängel nicht schaffe, vor Ort in dem Maße Präsenz zu zeigen, wie es wünschenswert wäre. Die Bayern-SPD sei nicht in der Lage, den im letzten Jahr in den Ruhestand verabschiedeten Bezirksgeschäftsführer Martin Auer im Verhältnis 1:1 zu ersetzen. Nun müsse man sich mit einer 25-Stunden-Verwaltungskraft bescheiden, die das bisherige Leistungsspektrum natürlich nicht abdecken könne.

„Klimaschutzkonzept nötig“

Dennoch will der Kreisvorsitzende die drängenden und auf kommunaler Ebene lösbarer Probleme verstärkt angehen. Hier nannte Hummel in erster Linie den Klimaschutz. „Das ist eine ureigene kommunale Aufgabe“, sagte er und forderte die Landkreisverwaltung auf, eine CO₂-Bilanz zu erstellen und ein Konzept für Energiemanagement bei kommunalen Liegenschaften zu erarbeiten. Gerade das neu zu bauende Landkreisgymnasium könnte durch den Einsatz regenerativer Energien für Strom und Heizung zu einem Vorzeigeprojekt gemacht werden. In Sachen Biogas solle man statt weniger großer lieber viele kleinere Anlagen bauen, was poli-

tisch auch einfacher durchzusetzen wäre, schlug Hummel vor. Dazu solle ein landkreisweiter Kataster über potenzielle Standorte geschaffen werden. Auch bei der Bauleitplanung müssten energetische Aspekte in den Vordergrund rücken: „Man muss den Leuten klar machen, dass mit alternativer Technik auch Geld verdient werden kann“, sagte er und schlug Förderprogramme als Anreiz vor.

Thema FOS/BOS gegessen?

Auch die Bildungspolitik beschäftigt die Sozialdemokraten. So bleibe die Diskussion um eine FOS/BOS im

Landkreis ein Thema, das man weiter verfolgen wolle. Die Standortfrage sei dabei zweitrangig. Seine Parteikollegin Margit Wild hält die Frage allerdings schon für weitgehend entschieden: „Ich glaube, dass die FOS/BOS in die Stadt kommt“, sagte sie und gab der Landtagspetition, die sie am Montagnachmittag in ihrem Regensburger Abgeordnetenbüro entgegengenommen hat, wenig Aussichten auf Erfolg. Auch an der Einführung der Mittelschule werde man wohl kaum noch etwas ändern können, so die Abgeordnete. Als die Dialogforen begannen, sei das Thema „schon festgezurr“ gewesen und habe politisch nicht mehr

diskutiert werden sollen. „Am Ende werden die Bürgermeister den Schwarzen Peter haben“, sagte Wild voraus und bescheinigte der Hauptschule, dieses Ende „nicht verdient“ zu haben.

400 Millionen Euro Zinsen

Wild malte die - finanzielle - Zukunft im Freistaat in düsteren Farben. Das „Landesbank-Harakiri“ werde in voller Härte auch die Kommunen treffen. So stünden dem kommunalen Finanzausgleich wegen dieser Affäre rund 126 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Da würden die etwa 12,2 Millionen Euro

ro, die der Landkreis aus dem Konjunkturpaket II erhalten habe, schnell wieder relativiert. „Spätestens ab 2012 sind die finanziellen Potenziale des Freistaates völlig ausgeschöpft“, rechnete Wild vor. Allein 400 Millionen Euro werde der Zinsdienst für das Landesbank-Desaster alljährlich verschlingen: „Da werden die Leistungen dann ordentlich zurückgefahren werden“, sagte Wild. Verheerend wäre es allerdings, wenn es der FDP gelingen sollte, die Gewerbesteuer abzuschaffen.

Bei ihren Besuchen im Wahlkreis habe sie auch viel mit Polizisten gesprochen.

Deren personelle Situation sei alles andere als gut. Prekär werde es ab 2016, weil viele aus den geburtenstarken Jahrgängen dann in Pension gingen und der Polizei vor allem in den Ballungsräumen „im fünfstelligen Bereich“ der Nachwuchs fehle. -mox-